

Protokoll
über die 50. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 10.01.2008

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Fraktion Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU-Fraktion und Liberale

ordentliche Mitglieder

Bemmann, Annegret	SPD-Fraktion
Brill, Anna	Fraktion DIE LINKE
Graff, Esther Rahel	SPD-Fraktion
Nagel, Cornelia	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Woywode, Robert	CDU-Fraktion und Liberale

stellvertretende Mitglieder

Janker, Anja	Fraktion DIE LINKE
Marksteiner, Klaus	Fraktion DIE LINKE
Mielke, Axel	
Schulz, Andreas	Fraktion DIE LINKE

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Heß, Eleonore
Junghans, Hermann
Maddauss, Karen
Niesen, Dieter
Petznick, Bärbel
Vogt, Monika

Leitung: Erika Sembritzki
Schriftführer: Barbara Diessner

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 49. Sitzung vom 13.12.2007 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
5. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
- 5.1. Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 01856/2007
6. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
- 6.1. Runder Tisch für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
Vorlage: 01875/2007
7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 50. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste sowie die Vertreter der Verwaltung. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Die Vorsitzende begrüßt Frau Anja Janker von der Fraktion PDS. Die Linke als neues stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Soziales und Wohnen. Es erfolgt die Verpflichtung von Frau Janker gemäß § 28 Kommunalverfassung M-V. Frau Sembritzki informiert über die Neustrukturierung in der Verwaltung, wonach das Amt für Jugend, Schule, Sport und Freizeit vorläufig in den Geschäftsbereich des Dezernates für Bauen, Ordnung und Umwelt wechselt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 49. Sitzung vom 13.12.2007 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

1.
Der Beigeordnete Herr Junghans informiert über einen am 14. Dezember 2007 durchgeführten verwaltungsinternen Workshop zur „Sozialen Sicherung“ unter Beteiligung von Vertretern des Landesrechnungshofes mit dem Ziel, die Problemfelder im Sozialbereich umfänglich zu analysieren und auch mit Blick auf die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes, Handlungsansätze für operative Maßnahmen zu entwickeln. Daraus seien verschiedene Arbeitsaufträge

resultiert, die derzeit abgearbeitet werden. Eine Beratung über das weitere Vorgehen zur Umsetzung konkreter Maßnahmen würde zeitnah anberaumt, um einen Maßnahme- und Zeitplan zu entwickeln, der unverzüglich umzusetzen sei. Die Verwaltung würde jeweils zeitnah über Fortschritte und Ergebnisse berichten.

2.

Herr Junghans informiert, dass die Zuwendungen an Vereine und Verbände der Träger der freien Wohlfahrtspflege in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung nur unter sehr engen gesetzlichen Bestimmungen gezahlt werden dürfen. Zulässig seien Ausgaben dann, wenn eine gesetzliche oder vertragliche Zahlungspflicht bestünde oder die Weiterführung der Aufgaben zur Vermeidung von Schäden für das Gemeinwohl erforderlich sei. Die Verwaltung prüfe derzeit, ob und wie eine Verfahrensweise wie zu Beginn des Haushaltsjahres 2007 realisiert werden könne. Ein Ergebnis solle möglichst Ende Januar 2008 vorliegen.

3.

Herr Junghans berichtet, dass bezüglich der Initiative „Arbeit für Schwerin“ derzeit eine Bilanz für das Jahr 2007 erarbeitet wird. Die Ergebnisse sollen veröffentlicht werden.

4.

Herr Junghans führt aus, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Entscheidungen die geplante Neustrukturierung der Ämter 49 und 50 möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen werde.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 4

Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

1.

Herr Block informiert, dass die Überarbeitung der Richtlinie der Leistungen für Unterkunft und Heizung nunmehr unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung, der Bemerkungen und Hinweise des Landesrechnungshofes und auf der Basis des neuen Mietspiegels erfolgen wird. Hinweise und Anregungen würden gerne entgegen genommen.

2.

Herr Block berichtet, dass die Verwaltung derzeit prüft, ob und in welchem Umfang die Möglichkeiten der Bestimmungen aus § 16a SGB II (Leistungen zur Beschäftigungsförderung, Arbeitgeber können zur Eingliederung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit Vermittlungshemmnissen in Arbeit einen Beschäftigungszuschuss als Ausgleich der zu erwartenden Minderleistungen des Arbeitnehmers und einen Zuschuss zu sonstigen Kosten erhalten) und des Bundesprogramms zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser (Kommunal-Kombi) ausgeschöpft werden können. Dabei sei ein möglichst einheitliches Vorgehen der kreisfreien Städte in M-V angestrebt. Zu diesem Zweck treffen sich am 23. Januar 2008 die Leiterinnen und Leiter der Sozialämter mit dem Städte- und Gemeindetag M-V. Die Verwaltung werde zeitnah berichten.

3.

Herr Junghans informiert über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember 2007:

Arbeitsgemeinschaften (...) widersprechen dem Grundsatz eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung, der den zuständigen Verwaltungsträger verpflichtet, seine Aufgaben grundsätzlich durch eigene Verwaltungseinrichtungen (eigenes Personal, eigene Sachmittel, eigene Organisation) wahrzunehmen. § 44b SGB II ist mit Art 28 pp. Grundgesetz unvereinbar, die Vorschrift bleibt bis zum 31. Dezember 2010 anwendbar (...).

Die Verwaltung wird gebeten, dass zur Sitzung im März der Geschäftsführer der ARGE in der Landeshauptstadt Schwerin, Herr Gerth, eingeladen wird.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 5.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2008

Vorlage: 01856/2007

Bemerkungen:

Einführend erläutert der Finanzdezernent Herr Niesen die Haushaltssituation in 2008. Es seien angesichts eines aktuellen Saldos von 28 Mio. € weiter strenge haushaltskonsolidierende Maßnahmen erforderlich. Dem Sozialetat mit einem Zuschussbedarf von rd. 30 Mio. € käme dabei hinsichtlich der Nutzung von steuernden Mechanismen besondere Bedeutung zu. Herr Niesen betont die Bedeutung der Einflussnahme auf die Finanzierungsverteilungsmechanismen (insbes. Finanzausgleichsgesetz). Um hier die Potentiale für die Stadt Schwerin zu sichern, müssen Fach- und Finanzverwaltung bei diesem hochkomplexen Thema eng zusammen arbeiten. Herr Niesen hob die Bedeutung einer soliden Datenlage bei der Kassenstatistik durch korrekte unterjährige Buchungen hervor. Für die Zuschüsse an die Vereine und Verbände wird im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung zu prüfen sein, ob die Voraussetzung für die Zahlung nach § 51 Kommunalverfassung M-V vorliegen. Basis seien dabei die Ansätze im Planentwurf 2008.

Herr Niesen macht deutlich, dass finanzielle Mehrbedarfe nur in Form von Umschichtungen, d.h. unter Beibringung von Minderausgaben an anderen Stellen, berücksichtigt werden können. Die Ausgabensumme ist insofern absolut gedeckelt.

Für die SPD Fraktion übergibt Frau Graf einen Antrag zur Erhöhung des Haushaltsansatzes im Abschnitt 47. Dieser wird zur Kenntnis genommen und zur nächsten Sitzung vertagt. Eine Kopie des Änderungsantrages ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Auf Hinweis von Herr Woywode wird die Verwaltung um Prüfung der Entwicklung der Eigenanteile bei der Schuldnerberatung gebeten.

Es wird erläutert, dass die Förderung aus Landesmitteln stets in Abhängigkeit der Förderung aus kommunalen Mitteln erfolgt.

Beschluss:

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf des Unterabschnittes 4700 wird zur Kenntnis genommen mit der Maßgabe der Erhöhung des Ausgabevolumen auf die Beträge im Haushalt 2006 bzw. 2007.

Der Ausschuss spricht sich einstimmig für die Beibehaltung des Ausgabevolumens aus 2006/2007 aus und verweist nochmals auf den Beschluss aus dem Jahr 2005.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 6 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 6.1 Runder Tisch für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
Vorlage: 01875/2007**

Bemerkungen:

Herr Junghans weist auf die Beteiligung des Fachgremiums Jugendhilfeausschuss und Bündnis für Familie hin. Nach kurzer Diskussion zieht Frau Nagel den Antrag zurück, eine Einbringung erfolge nach erneuter Beratung in der Fraktion.

zu 7 Sonstiges

Bemerkungen:

Der Terminablaufplan für die Haushaltsberatungen sieht für die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen einen weiteren Termin am 14. Februar 2008 vor. Dabei soll eine Beratung zum Planentwurf der übrigen Unterabschnitte des Sozialetats erfolgen. In diesem Zusammenhang bittet die Vorsitzende rechtzeitig um Vorbereitung evt. Änderungsanträge aus den Fraktionen. Der Etat des Amtes für Soziales und Wohnen wird am 28. Februar 2008 im Finanzausschuss beraten.

Für den 18.03.2008 ist die gemeinsam Abschlussberatung von Finanz- und Hauptausschuss vorgesehen.

Die Beschlussfassung der Stadtvertretung ist für den 31.03.2008 geplant.

Her Baumotte unterstützt ausdrücklich die Bemühungen aller Fraktionen finanzielle Verbesserungen für den Sozialbereich zu erreichen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende/r

gez. Barbara Diessner

Protokollführer